Indonesiens Muslime fordern Kriminalisierung von Homosexualität

2. März 2016

Jakarta (KNA) Mit dem Ruf nach der Kriminalisierung der Homosexualität hat sich die größte muslimische Massenorganisation Indonesiens in die aktuelle Kampagne gegen gleichgeschlechtlich orientierte Menschen eingeschaltet. Homosexualität sei „mit der menschlichen Natur unvereinbar“, zitierte die Tageszeitung „Jakarta Post“ am Samstag (Ortszeit) aus dem offiziellen Beschluss der Nahdlatul Ulama (NU). Darin habe der Vorstand der Organisation mit mehr als 30 Millionen Mitgliedern das Repräsentantenhaus aufgefordert, Homosexualität wie auch das Eintreten für die Rechte von Homo-, Trans- und Bisexuellen unter Strafe zu stellen. Der Gesetzgeber solle zudem dafür sorgen, dass Menschen mit abweichendem Sexualverhalten durch das Angebot von „Rehabilitierungsmaßnahmen“ die Rückkehr zur „Normalität“ ermöglicht werde.

Seit gut vier Wochen hält in Indonesien eine Debatte um die Bewertung der Homosexualität an. Den Anfang hatte am 23. Januar Bildungsminister Muhammad Nasir mit der Forderung nach dem Ausschluss von Homo-, Trans- und Bisexuellen aus den Universitäten gemacht. Seitdem verging kaum ein Tag ohne weitere Angriffe auf sexuelle Minderheiten. Tifatul Sembiring von der islamischen Wohlfahrts- und Gerechtigkeitspartei (PKS) forderte am Freitag auf Twitter die Todesstrafe für Homosexuelle.

Religionsminister Lukman Hakim Saifuddin bezeichnete Homosexuelle als „soziales Problem“. Vizepräsident Yusuf Kalla verlangt von den Vereinten Nationen die sofortige Einstellung von Programmen zur Förderung schwul-lesbischer Rechte in Indonesien. Yuddy Chrisnand, Minister für Verwaltungsreform, hält homosexuelle Beamte für untragbar. Für den Verband der Psychiater Indonesiens sind Homosexuelle Menschen mit „einem psychischen Problem“ und Transsexuelle „geistesgestört“.

(KNA – qkmmr-89-00017)

Stand: 17. November 2026